

# RESOLUTION DES SOZIALDEMOKRATISCHES FORUM

**Das Sozialdemokratisches Forum reicht zuhänden des kantonalen Parteitags vom 18. Februar eine Resolution gegen die Erhöhung der Studiengebühren ein.**

## **Keine Sparmassnahmen in der Hochschulbildung auf Kosten der Zukunft**

Am 19. November 2025 beschloss der Regierungsrat des Kantons Bern, die Studiengebühren an der Universität Bern und an der Berner Fachhochschule für inländische, von CHF 750.– auf CHF 850.– und die zusätzliche Studiengebühr für ausländische Studierende von CHF 200.– auf CHF 1'700.– zu erhöhen.<sup>1</sup> Dieser Beschluss hat schwere Folgen für den ganzen Kanton Bern und muss dringend zurückgenommen werden.

## **Negative Konsequenzen für die ganze Gesellschaft**

Eine Erhöhung der Studiengebühren an den bernischen Hochschulen hat nicht nur auf die Studierenden direkt, sondern auch auf den Rest der Gesellschaft einschneidende Auswirkungen. Durch die Erhöhung der Studiengebühren wird die Zugänglichkeit zu Hochschulbildung und somit auch die Chancengleichheit im Kanton Bern eingeschränkt. Bereits heute geben in der Schweiz rund 16% der Studierenden an, finanzielle Schwierigkeiten zu haben.<sup>2</sup> Somit wird die Ungleichheit in der Gesellschaft nur noch grösser und viele Studierende ohne Unterstützung der Eltern, und insbesondere die internationalen Studierende werden ihr Studium verlängern oder gar abbrechen müssen. Auch der Bildungsstandort Bern wird aufgrund der im interkantonalen Vergleich hohen Studiengebühren und der nicht mehr gewährleisteten Internationalität massiv an Attraktivität verlieren. Renommierte Forschende und talentierte Studierende werden andere Hochschulstandorte vorziehen. Die bernischen Hochschulen bilden allesamt qualifizierte Fachkräfte aus, welche der Kanton Bern dringend benötigt. In der Schweiz fehlen qualifizierte Fachkräfte, so zum Beispiel Fachkräfte in Gesundheitsberufen oder in der Veterinärmedizin aber auch ingenieurtechnische sowie agrarwissenschaftliche Fachkräfte. Eine Studiengebührenerhöhung würde somit die jetzt schon angespannte Situation des Fachkräftemangels noch zusätzlich befeuern.

## **Finanziell kontraproduktiv**

Auch aus finanzieller Sicht ergibt dieser Beschluss keinen Sinn. Denn die Studiengebühren finanzieren nur einen Bruchteil der Kosten der Hochschulen. Vielmehr werden Einnahmen wegfallen und zusätzliche Kosten entstehen. Gemäss interkantonalen Vereinbarungen müssen nämlich Kantone für deren Einwohner:innen, die in einem anderen Kanton studieren, Ausgleichszahlungen, die in vielen Studiengängen eindeutig höher als die Studiengebühren sind, an die entsprechende Hochschule

---

<sup>1</sup> [https://www.be.ch/de/start/dienstleistungen/medien/medienmitteilungen.html?newsID=977e737d-26af-4658-a2a6-079d6cb08803&r=37347692633305&lid=3696305&pm\\_in=18757](https://www.be.ch/de/start/dienstleistungen/medien/medienmitteilungen.html?newsID=977e737d-26af-4658-a2a6-079d6cb08803&r=37347692633305&lid=3696305&pm_in=18757).

<sup>2</sup> Studien- und Lebensbedingungen an den Schweizer Hochschulen – Hauptbericht der Erhebung 2024 zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der Studierenden, Bundesamt für Statistik (BFS), S. 25.

leisten.<sup>34</sup> Bei einem erwartbaren Verlust von schweizerischen Studierenden, werden dementsprechend auch zusätzliche finanzielle Belastungen für den Kanton Bern entstehen. In der Bildung darf nicht gespart werden, denn Investitionen im Bereich Bildung lohnen sich langfristig!<sup>5</sup> Gerade in Zeiten, in denen der Kanton chronisch zu pessimistisch budgetiert, senden solche undurchdachte, fahrlässige Kürzungen zu Ungunsten der ärmeren Bevölkerung ein falsches Signal an die Gesellschaft.<sup>6</sup>

### **Die SP Kanton Bern stellt sich gegen die Studiengebührenerhöhungen und fordert:**

- Verbesserung der Härtefallregelungen und Überarbeitung des Stipendienwesens
- Rücknahme der Studiengebührenerhöhung
- Einbindung der Hochschulen und Studierendenorganisationen in den weiteren Prozess
- Transparente Analyse der Auswirkungen auf Studierende und den Bildungsstandort Bern
- Reduzierte Studiengebühren für Teilzeitstudierende

Sozialdemokratisches Forum, 28. Januar 2026

*Nicolas Noé Peters (er/ihm), Mitglied Sozialdemokratisches Forum*

---

<sup>3</sup> BSG 439.20-1 - Interkantonale Vereinbarung über die Beiträge an die Ausbildungskosten von universitären Hochschulen (Interkantonale Universitätsvereinbarung, IUV).

<sup>4</sup> BSG 439.21-1 - Interkantonale Fachhochschulvereinbarung ab 2005 (FHV).

<sup>5</sup> Positionspapier zum Entlastungspaket 2027 - Wohlstand und Sicherheit in der Schweiz dank Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation, Netzwerk FUTURE 2025.

<sup>6</sup> SGB Dossier Nr./No 168 - Analyse der Kantonsfinanzen/Analyse des finances cantonales Budget 2026 / AFP/PFN 2027-2029, Reto Wyss 2025, S. 21.